



176. Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien
11. November 2021

Antrag 2

Umsetzung der Forderung des Wegfalls von Maklerprovisionen für Mieter:innen

Im Regierungsprogramm steht die Forderung, dass Vermittlungsprovisionen nur mehr von Vermieter:innen bzw. Verkäufer:innen an die Makler:innen bezahlt werden sollen. Diese Forderung ist bis dato jedoch noch immer nicht umgesetzt worden.

Die Umsetzung der Forderung wird die Arbeitsplätze der Makler:innen nicht gefährden und auch nicht die Mieten erhöhen. Diese Gegenargumente der Immobilienwirtschaft sind einfach haltlos. Ein Beispiel für die falsche Befürchtung von Mieterhöhungen aus dem Wegfall der Provisionspflicht für Mieter:innen ist, dass es in Österreich meistens gesetzliche Mietobergrenzen gibt und diese von Vermieter:innen nicht überschritten werden dürfen.

Weitere Beweise für diese haltlosen Gegenargumente liefern all jene europäischen Länder, in denen diese Forderung bereits umgesetzt wurde und bestens funktioniert. In Deutschland müssen Wohnungssuchende seit dem Jahr 2015 keine Provision mehr zahlen, wenn die Vermieter:in eine oder einen Makler:in beauftragt hat eine bzw. einen Mieter:in zu finden. Dieses Prinzip gilt neben Deutschland auch in Frankreich, Irland, Niederlanden, Schweden, Spanien, und in Großbritannien.

Gerade in diesen schweren wirtschaftlichen Zeiten für viele Arbeitnehmer:innen, brauchen wir Entlastungen. In Österreich ist laut Gesetzeslage die Vermittlungsprovision zwar innerhalb der gesetzlichen Höchstgrenzen für Käufer:innen oder Mieter:innen eigentlich frei verhandelbar, jedoch sind die Wohnungssuchenden in der Realität am Markt viel zu schwach, um mit der Makler:innen eine niedrigere Provision verhandeln zu können. Fakt ist, dass die gängige Regel so aussieht, dass die Makler:innen sich von den Wohnungsbesitzer:innen ohne Provision beauftragen lassen und die Provisionen meist nur von den schwachen Wohnungssuchenden am Markt nehmen. Gerade in Zeiten von knappem Wohnungsangebot am Markt ist diese Vorgehensweise ein unfairer Kampf. Gleichzeitig verhindert diese gewohnte Vorgehensweise, dass einen gesunden Wettbewerb zwischen den Makler:innen am Markt.

Die Vollversammlung der AK Wien fordert:

Die sofortige Umsetzung der Forderung des Wegfalls von Maklerprovisionen für Wohnungssuchende seitens der Regierung aus dem Regierungsprogramm.

Angenommen <input checked="" type="checkbox"/>	Zuweisung <input type="checkbox"/>	Ablehnung <input type="checkbox"/>	Einstimmig <input type="checkbox"/>	Mehrheitlich <input checked="" type="checkbox"/>
--	------------------------------------	------------------------------------	-------------------------------------	--